



Kommunistische Spionage in den Einrichtungen der Osteuropaforschung von den 1960er bis in die 1980er Jahre

Roman Smolorz, Regensburg

Das Osteuropa-Institut München sei eine „pseudowissenschaftliche Institution“, schrieb 1963 der zuständige Offizier des polnischen Amtes für Sicherheit des Ministeriums der Inneren Angelegenheiten (Urzędu Bezpieczeństwa Ministerstwa Spraw Wewnętrznych, UB MSW) in Zusammenhang mit der Observierung der Osteuropa-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, die unter dem Tarnnamen „Wesera“ lief. Die erhaltene Aktenüberlieferung aus der „Objektsache Wesera“ verwaltet das polnische Institut des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej = IPN). Forschern werden sie auf Antrag zur Verfügung gestellt. Nach der Zäsur des Jahres 1970, als die Ostpolitik der Brandt-Scheel-Regierung symbolisch mit den Ostverträgen in die Tat umgesetzt wurde und eine Öffnung gegenüber dem Ostblock tatsächlich zu erkennen war, änderte sich auch das Urteil der polnischen „Staatssicherheit“ über die Osteuropaforschung. 1971 schrieb derselbe Offizier, das Osteuropa-Institut München spiele eine „wesentliche Rolle im System politischer Propaganda der BRD“.

Das Osteuropa-Institut München wurde nicht als einzige wissenschaftliche Einrichtung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren zwischen 1963 und 1982 observiert, sondern stand auf einer Liste neben weiteren Institutionen wie dem Osteuropa-Institut Berlin-West, dem Max-Planck-Institut, dem Herder-Institut, der Deutschen Forschungsgemeinschaft etc., die man hinter dem Eisernen Vorhang zur „Ostforschung“ zählte. Auch deren Observierung lief unter dem Tarnnamen „Wesera“, die einschlägige Aktenüberlieferung befindet sich im IPN.

In den Archivalien tauchen allerdings auch Institute auf, die es gar nicht gab, beispielsweise 1971 ein Osteuropa-Institut Konstanz. Damals jedoch war lediglich ein Institut für Slavistik an der dortigen Universität vorhanden. Noch in den 1960er Jahren observierte ein V-Mann ein vermeintliches Osteuropa-Institut Ingelheim. Dass es ein solches Institut nicht gab und nicht gibt, ist leicht nachprüfbar, jetzt und in der Vergangenheit. Konnten sich aber V-Leute Lügen leisten, wenn sie doch auch intern observiert und immer wieder auf ihre Loyalität hin geprüft wurden? Es stellte sich heraus, dass es in Ingelheim die Pädagogische Arbeitsstelle für Ostfragen gab, welche intensive Kontakte zu Volkspolen und den übrigen Ostblockstaaten pflegte, indem Wissenschaftler und Politiker regelmäßig nach Ingelheim zum Meinungsaustausch eingeladen wurden. Und diese Akademie besteht bis heute, zunächst umgewandelt in die Akademie für Ostfragen und gegenwärtig als Fridtjof-Nansen-Akademie für Politische Bildung beim Weiterbildungszentrum Ingelheim. Ihre Rolle innerhalb der Osteuropa-Forschung „im System politischer Propaganda der BRD“ wurde entweder vom eingesetzten V-Mann fehlerhaft aufgewertet oder sie ist der Allgemeinheit unbekannt.

Dabei beobachteten die kommunistischen Staatssicherheitsdienste auch über die Zäsur des Jahres 1970 hinaus die wissenschaftlichen Institute im Westen. In den Akten ist zu lesen, dass die „aktuellen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland sowie die sich entwickelnden Wirtschafts-, Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen“

gen zwischen beiden Staaten eine neue Situation schufen, die von unserem [der polnischen Staatssicherheitsbehörde] operativen Handeln mehr Effizienz und gestärkte Aufklärung neuer Formen, Methoden und Situationen in denjenigen Institutionen verlangen, die sich mit der so genannten Ostforschung befassen“.

Interessant ist, auf welchen Wegen die V-Leute Zugang zu Wissenschaftlern und Künstlern suchten, die hinter dem Eisernen Vorhang zur „Ostforschung“ gezählt wurden: Dies lief zum einen über Einrichtungen und Vertreter der deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge, des Weiteren über Personen, die den sozial-liberalen Regierungsparteien nahe standen. So kamen Agenten als Besucher zu Familien in die Bundesrepublik Deutschland, Schlesien, Ost- und Westpreußen siedelten in die Bundesrepublik über, wurden von Kultur-Institutionen wie dem Haus des Deutschen Ostens Düsseldorf oder vom Wagner-Kreis Konstanz eingeladen. Mancher kam auch als Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung oder als Doktorand an eine deutsche Universität, beispielsweise nach Hamburg, wo man sogar bemüht war zu verhindern, dass solche Austauschstudenten aus dem Ostblock kein Asyl beantragten, damit die zwischenstaatliche Zusammenarbeit weiter funktionierte. Auch an der Ludwig-Maximilians-Universität München arbeitete ein solcher V-Mann seit 1964 – angeblich, vielleicht aber auch tatsächlich – an seiner Promotion; unter diesem Vorwand sammelte er jedoch bis 1969 auch alle möglichen Informationen insbesondere über die Hochschule und Wissenschaftler, auch von außerhalb der Universität. Nach der Zäsur des Jahres 1970 wurde ein V-Mann alias „Michał“ nach München entsandt, der Mitarbeiter der LMU unter dem Gesichtspunkt ihrer vermuteten Zusammenarbeit mit dem BND oder manchen Regierungsbehörden observieren sollte. Besonders waren diejenigen Mitarbeiter zu beobachten, die der polnische Dienst aufgrund früherer sogenannter operativer Arbeit als politisch und wissenschaftlich bestrebte Personen eingestuft hatte. Der V-Mann hatte unter anderem kompromittierendes Material über diese zu beschaffen.

Aus der Lektüre dieser Akten lassen sich auch Rückschlüsse auf die Folgen der informellen Informationsbeschaffung ziehen. Einladungen beispielsweise an polnische Studenten destabilisierten die Ostblockstaaten politisch, indem sie durch die Öffnung des Westens für diese Bürger die dortigen zivilgesellschaftlichen Kräfte stärkten, zunehmend die intellektuellen Kräfte trotz der geschlossenen Grenzen und Gesellschaften erreichten und zum Widerstand mobilisierten.

Auf der anderen Seite machte sich die Bundesrepublik im Zuge dieser Politik sicherheitspolitisch mehr als zuvor vom Beistand der NATO – insbesondere der USA – abhängig. Denn das innenpolitisch motivierte Bestreben der Brandt-Scheel-Regierung, die Bundesrepublik nach Osten zu öffnen, war eben nicht so sehr auf die UdSSR, schon gar nicht auf Polen, sondern vor allem auf die DDR gerichtet. Zugleich wurde die Ostpolitik in der Bundesrepublik zum Feld innenpolitischer Auseinandersetzung zweier sozialpolitischer Kräfte, nämlich der später sogenannten 1968er-Generation und des konservativen Lagers jener Zeit. Beide waren nach 1970 zwar aus unterschiedlicher Veranlassung daran interessiert, ihre Kontakte mit dem Ostblock zu intensivieren. Der polnische Sicherheitsdienst nutzte diese Bereitschaft aber aus, wobei ihm zustatten kam, dass diese beiden Flügel in der Bundesrepublik sich selbst – vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte – allzu viel Aufmerksamkeit schenkten und dabei den politischen Alltag im Kalten Krieg aus den Augen verloren.

Mehr über „Wesera“ sowie die hier angesprochenen Fragestellungen und Problematiken ist nachzulesen in der Zeitschrift *Totalitarismus und Demokratie* 1 (2006) S. 111–140.